

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)



ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER, VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Mittwoch, 11. April 1934

Nr. 84

Komplott in Bukarest halbamtlich zugegeben

Bukarest, 10. April. In den letzten Tagen tauchten während der orthodoxen Osterfeiertage, zu einer Zeit, wo die öffentliche Tätigkeit eingestellt war, in der Presse übertriebene und aufreizende Meldungen auf, die von der Aufdeckung eines ernstesten Komplotts (von Offizieren gegen den König!) sprachen und die zahlreiche Verhaftungen unter den höheren Offizieren meldeten. Diese Gerüchte sind nach einer halbamtlichen Darstellung „nur“ infolgedessen richtig, als gegen einige unverantwortliche Elemente, zu denen sich „auscheinend“ auch einige Subalternoffiziere gesellt hatten, die Untersuchung eingeleitet wurde. Ueber die Einzelheiten dieser Angelegenheiten wird ein offizieller Bericht nach Beendigung der ersten Untersuchung ausgegeben werden. Es müßte jedoch schon im vorhinein betont werden, daß die Angelegenheit keineswegs ernst und daß deren Wichtigkeit in den Pressemeldungen übertrieben worden sei. (Gerüchten waren derartige Berichte von amtlicher Stelle noch als völlig grundlos überhaupt dementiert worden! D. Red.)

Berlin unangenehm überrascht

über die englische Anfrage
wegen des Wehrbudgets

Berlin, 10. April. Die gestrige Mitteilung des englischen Außenministers, daß er bei der deutschen Regierung Erkundigungen über ihre Rüstungen einzuziehen lassen werde, hat in Berlin unangenehm überrascht.

Der „Angriff“ schreibt, daß etwas derartige eine schreiende Ungerechtheit gegenüber dem deutschen Volk sei. Die deutsche Regierung werde dem englischen Außenminister schon die richtige Antwort geben können. Dieser werde dann vielleicht einsehen, daß in Deutschland eine Regierung am Ruder sei, welche die Würde Deutschlands zu wahren verusche. Schließlich ist das Blatt der Ansicht, daß auch die deutsche Regierung das Recht habe, in London offiziell um Aufklärungen über die Zunahme der englischen Militärausgaben zu ersuchen.

Die „Vorzeitung“ führt aus, die deutschen Ausgaben seien nur für die primitivsten Erfordernisse der Sicherheit erhöht worden und die deutsche Regierung würde „unmoralisch“ handeln, wenn sie nicht für ein minimales Maß von Sicherheit vor einem Neberfall deutschen Gebietes Sorge tragen würde.

Reichswehr- Gleichschaltung macht schnelle Fortschritte

Berlin, 10. April. Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg hat, wie der „Völkische Beobachter“ meldet, eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt, daß das zweite Jahr der nationalsozialistischen Staatsführung

die Notwendigkeit der geistigen Durchdringung der Nation mit den Leitgedanken des nationalsozialistischen Staates

in den Vordergrund stelle. Eine entsprechende Schulung sei darum auch für die Wehrmacht wichtig, die der Hüter und Schützer des nationalsozialistischen Deutschlands und seines Lebensraumes nach außen sei.

Der Minister ordnet daher an, daß künftig dem Unterricht über politische Tagesfragen in der Wehrmacht von allen Dienststellen erhöhte Bedeutung beigemessen und gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden ist. Um eine einheitliche Durchführung des Unterrichtes über politische Tagesfragen zu gewährleisten, werde das Reichswehrministerium künftig gedruckte „Richtlinien für den Unterricht über politische Tagesfragen“ als Anhalt herausgeben.

Anschlag auf einen österreichischen Expreszug

Zwei Tote, vierzehn Verwundete — Suche nach den Tätern

Wien, 10. April. (AN.) Der gestern um 22 Uhr 55 vom Wiener Westbahnhof abgefertigte D-Zug Nr. 117, der einen Jugoteil Salzburg—München und einen Jugoteil Passau—Frankfurt a. M.—Holland führte, ist zwischen den Bahnhöfen Österning und Marktstret bei der Haltestelle Österning entgleist. Die Lokomotive, der Dienstwagen und zwei Postwagen sind umgestürzt. Der anschließende Schlafwagen und die beiden Kurswagen nach Paris sind entgleist. Der Lokomotivführer und ein Beamter wurde getötet, 14 Personen, alle Österreicher, darunter sechs Postbedienstete, wurden verletzt. Sie wurden in die Spitäler nach Wels und Linz überführt.

Österning, 10. April. Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen hat eine Prämie von 5000 Schilling für die Feststellung der Täter des Eisenbahnunglücks bei Österning festgesetzt. Obgleich die polizeilichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, wird jetzt auch von den amtlichen Stellen mitgeteilt, daß mit dem Vorliegen eines Anschlages gerechnet werden müsse. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Auch das Reutersbüro meldet, daß der Unfall des Expreszuges auf einen Sabotageakt zurückzuführen ist.

Das Deutsche Nachrichtenbüro bringt Einzelheiten über das Eisenbahnunglück. Es handelte sich um einen D-Zug Wien—Paris.

Das Unglück geschah dadurch, daß die Eisenbahnschienen auf einer längeren Strecke abgegraben und über den Bahngraben geworfen worden waren. Der D-Zug fuhr in der Dunkelheit mit ungeheurer Wucht über die Stelle hinweg, so daß die Lokomotive und zwei Personenwagen vollständig zertrümmert wurden und drei weitere Personenwagen entgleisten.

Die Lokomotive liegt auf dem Bahnhöfen, die Räder ragen in die Luft. Der Kurwagen, der stark beschädigt ist, hängt am Bahndamm. Kurz vorher hatte noch ein Zug die Strecke durchfahren. Die Lokomotive stürzte zuerst mit dem Tender um. Die nachfolgenden wurden ineinandergeschoben, Eisenstücke zerplittert, die Holzbohlen eingedrückt. Nur drei Wagen des Zuges blieben auf dem Geleise stehen.

Infolge der Dunkelheit trafen die Hilfsmagneten auf große Schwierigkeiten. Der Heizer des Zuges wurde nach der Entgleisung von den abfallenden Kohlenmassen erdrückt und erstickte unter dem Kohlenberg. Der Lokomotivführer ist so schwer verletzt, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Ein größeres Unglück ist nach Auffassung der Behörden nur dadurch verhindert worden, daß die schwere Lokomotive und die beiden folgenden Postwagen an der Spitze des Zuges sofort entgleisten und dadurch der Zug zum Stillstand kam. Während der Entgleisung waren in den beiden Postwagen 16 Postbeamte tätig.

Es ist festgestellt, daß an der Unglücksstätte schon zweimal Anschläge auf die Westbahnstrecke vorgekommen sind, die bisher nur dank der überaus großen Wachsamkeit der dort tätigen Weichenwärter verhütet werden konnten.

Eine Verhaftung

Die Polizei hat nun den Hilfsarbeiter Baumgartner verhaftet, der im Verdachte steht, an dem Anschlag beteiligt zu sein. Baumgartner soll auch mit den Anschlägen, die im Herbst 1932 und im Frühjahr 1933 auf Eisenbahnzüge verübt worden waren, im Zusammenhang stehen.

Die Fahne der Internationale gerettet

Ein neues Bravourstück der
illegalen Sozialdemokratie Wiens

Prag, 10. April. Das teuerste Symbol der Wiener und österreichischen Arbeiterkraft, die Fahne der Internationale, ist unter abenteuerlichen Umständen den Klauen des siegreichen Faschismus entziffen worden. Auf wochenlangen gefährlichen Umwegen ist sie nun wohlbehalten bei der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialdemokraten in Brünn eingetroffen.

Die Fahne war im Jahre 1924 von Vertretern der Internationale anlässlich einer großen Massenkundgebung auf dem Sportplatz Hohe Warte — wo in den blutigen Feiertagen die Artillerie positioniert war, welche den Karl-Marx-Hof bombardierte — der Wiener Arbeiterbewegung als Ehrenzeichen anvertraut worden. Seither stand dieses Banner bei vielen internationalen Kundgebungen, zuletzt anlässlich des Aufmarsches der proletarischen Weltolympiade vor dem Wiener Sozialistenkongress 1931, im Mittelpunkt begeisterter Kundgebungen.

Bei den Febrorkämpfen verließ die Fahne in einem von Polizei und Militär gestürzten Arbeiterheim zurück. Unmittelbar nach den Kampftagen reifte bei einer Gruppe sozialdemokratischer Arbeiter der Entschluß, dieses teure Kleinod um jeden Preis den Händen der Sieger zu entreißen. Durch Einsatz von List und Verwegenheit ist es dann tatsächlich gelungen, aus dem besetzten Gebände heraus das Banner der Internationale aus zu bergen und auf den Boden eines freien Landes in Sicherheit zu bringen. Soweit die Details dieses waghalsigen Streiches heute schon preisgegeben werden dürfen, wird darüber noch ausführlich berichtet werden.

Die Fahne der Internationale befindet sich derzeit in Obhut der Auslandsvertretung des republikanischen Schutzbundes und sie wird anlässlich der bevorstehenden Manifestationen gegen den Sonderkongress der sozialdemokratischen Arbeiter der Tschechoslowakei sein.

lauf viele Mitglieder der Stadtverwaltung den Sitzungssaal verlassen. Zum Vizebürgermeister wurde ein Hindu gewählt.

In Kalkutta noch nie dagewesen...

Ein Mohammedaner Bürgermeister.
Kalkutta, 10. April. Bei der heutigen Bürgermeisterversammlung in Kalkutta wurde zum erstenmal seit dem Bestande der Stadt ein Mohammedaner zum Bürgermeister gewählt. Dieses Wahlergebnis rief einen großen Aufruhr hervor, in dessen Verlauf viele Mitglieder der Stadtverwaltung den Sitzungssaal verlassen. Zum Vizebürgermeister wurde ein Hindu gewählt.

Sowjetgesandter in Budapest

Budapest, 10. April. Der neuernannte Gesandte der Sowjetunion Petrovskij, hatte gestern abends mit dem Ministerpräsidenten Gömbös eine einstündige Unterredung.

Verbesserung der Demokratie?

Kaum jemals in einer anderen Zeit wurden die politischen Systeme einer Reihe von Ländern einer so grundlegenden Reform unterzogen und in ihr gerades Gegenteil verkehrt, wie in den letzten Jahren. Ueberhaupt gibt es kaum ein Land, in dem nicht gewisse Gruppen bestrebt wären, die Frage der Abänderung der Formen des politischen Lebens und mehrfach sogar der Verfassung auf die Tagesordnung zu setzen. Das geschieht inmitten der schwersten Wirtschaftskrise, von der das kapitalistische System seit seinem Bestande heimgesucht wird und die die Interessen dieses Systems eigentlich veranlassen müßte, ihre Kräfte statt auf die Durchführung politischer Reformen auf Versuche zur Beseitigung oder doch Milderung der Krise zu konzentrieren.

Es ist längst kein Rätsel, warum gerade in einer Zeit der Wirtschaftskrise und des größten Massenelends politische Systemänderungen aktuell zu machen versucht werden. Die großen Massen sind unzufrieden, vielfach verzweifelt, sie suchen nach dem Schuldigen der zerstörten oder erschütterten Grundlagen ihrer Existenz. Es gilt, sie von dem wahrhaft und einzig Schuldigen, dem Kapitalismus abzulenken, darum werden sie mit allen Mitteln einer gerissenen Kellame auf die Demokratie und den Parlamentarismus als Urheber ihres Unglücks hingelenkt. Alle Versuche, die Wirtschaftskrise zu überwinden, sind gescheitert und auch für die Zukunft wird man ihnen kaum eine bessere Prognose stellen, vorläufig glaubt der Kapitalismus das einzige Mittel seiner Errettung in der Rechtsmachung und Unterdrückung der Volksmassen erblickt zu können.

Ebenso wenig wie anderswo ist auch bei uns bereits alles geschehen, um die durch die Krise in das Nichts geschleuderten Menschen in den Arbeitsprozess zurückzuführen und die Arbeitslosen vor dem ärgsten Hunger zu schützen, aber doch halten manche Leute dafür, es gäbe nichts Dringlicheres zu tun, als eine Änderung der Struktur unseres bisherigen politischen Lebens, das ist eine Abänderung der Wahlordnung. Es gibt nichts Vollkommeneres in der Welt, auch die Wahlordnung des tschechoslowakischen Staates mag ihre Mängel haben, doch wird niemand leugnen, daß die Formen unserer Demokratie nicht dazu beigetragen haben, dem Staate größere Schwierigkeiten zu bereiten, daß er vor Erschütterungen gewahrt geblieben ist und daß die Regierungen, die sich auf dieses System stützen, eine Stabilität aufweisen konnten, die sich mit jener vieler anderer Staaten wohl messen kann. Die politische Geschichte des bald sechszehnjährigen Bestandes der Tschechoslowakischen Republik läßt einen Wechsel oder eine Korrektur der politischen Formen keineswegs als eine Lebensfrage des Staates oder Volkes erscheinen.

Seitdem sich unsere Demokratie gegen ihre Widersacher entschieden zur Wehr gesetzt hat, wagen sich offene faschistische Bestrebungen nicht mehr unbehindert ans Tageslicht. Die deutschbürgerlichen Parteien haben darum ihre eine zeitlang eifrig betätigte heiße Liebe für den Faschismus irgendeiner Couleur noch nicht ausgeben und jede Annäherung an faschistische politische Entrechtungsmethoden erschiene ihnen willkommen, ohne Rücksicht darauf, ob dabei die nationalen Interessen des tschechoslowakischen Volkes in schwerer Gefahr gerieten. Auch auf tschechoslowakischer Seite fehlt es nicht an Bewunderern der italienischen, deutschen und österreichischen Methoden, ohne Rücksicht auf das Bedenken, welches Ende einstens diese Systeme, die heute allerdings jedem gewissenlosen Ausbeuter als paradiesisch erscheinen müssen, in der Zukunft nehmen werden. Jedenfalls möchten deutsche und

